

Antrag *)

der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Spekulation mit Agrarrohstoffen einschränken, Agrarrohstoffmärkte stärker regulieren, mehr Transparenz ermöglichen

I. Der Landtag stellt fest:

In den letzten Jahren investieren Kapitalanleger verstärkt in Agrarrohstoffe. Es handelt sich dabei um Wetten auf die Wertentwicklung von landwirtschaftlichen Produkten auf dem Weltmarkt. Diese Entwicklung hat direkte Auswirkungen auf Länder, die auf Nahrungsmittelimporte angewiesen sind. Besonders in Entwicklungsländern geben viele Menschen mehr als die Hälfte ihres Einkommens für Lebensmittel aus. Preisschwankungen bei den Grundnahrungsmitteln schlagen damit sofort in das einzelne Haushaltsbudget durch, sodass im schlimmsten Fall nicht mehr genug Nahrung erworben werden kann.

In den vergangenen Jahren kam es auf den Agrarrohstoffmärkten zu heftigen Preisschwankungen. Diese haben problematische Auswirkungen auf die Ernährungslage, vor allem in den am wenigsten entwickelten Ländern. Nahrungsmittel sind als unmittelbare Lebensgrundlage besondere Güter. Es ist auch künftig mit einer großen Volatilität der Nahrungsmittelpreise zu rechnen.

Handel und Spekulationen mit Agrarrohstoffen dürfen den Hunger in der Welt nicht weiter durch die spekulationsbedingte Verteuerung von Nahrungsmitteln anheizen. In Diskussionen wird zudem die Frage gestellt, ob börsengehandelte Anlageprodukte auf der Basis von Grundnahrungsmitteln, die von Finanzinstituten aufgelegt werden, ethisch vertretbar sind. Finanzinstitute verschärfen so auch mit Spekulationen an den Nahrungsmittelmärkten den weltweiten Hunger. Der Satz „Mit Essen spielt man nicht“ bekommt in diesem Zusammenhang eine neue Bedeutung. Auch die Landwirte in Europa sind von der Spekulation mit agrarischen Rohstoffen betroffen. So sind Getreide, Mais und Reis weltweit Preisschwankungen unterlegen, die sich direkt auf die lokalen Märkte für Erzeuger, zum Beispiel in Rheinland-Pfalz, auswirken.

Beim außerbörslichen Handel mit Finanz- und Agrarprodukten gibt es erheblichen Handlungs- und Steuerungsbedarf. Nahrungsmittelspekulationen zu Lasten der Menschen in den ärmsten Ländern der Welt müssen verhindert werden. Warentermingeschäfte können zur Risikoabsicherung dienen, wenn damit einerseits die Risiken starker Preisschwankungen ausgeglichen werden und jederzeit der Markt mit Waren versorgt werden kann. Seit 1999 sind aber durch die Deregulierung der Finanzmärkte die Warenterminbörsen zum Ziel von spekulativen Geschäften geworden und haben sich vom realen Markt entfernt.

Funktionierende Agrarterminmärkte ermöglichen die Absicherung gegen Preisschwankungen und geben Signale über die Erwartungen künftiger Preisent-

*) Dieser Antrag ersetzt den Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1859, und den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 16/1897, und ist zur Beratung im Plenum vorgesehen.

wicklungen. Eine Regulierung der Agrarterminmärkte muss folgende Ziele verfolgen:

- a) Informationen zur Marktlage für alle Beteiligten zur Verfügung zu stellen und dadurch den Wettbewerb stärken,
- b) Marktmissbrauch zu verhindern und
- c) Gefahren für die Welternährung durch mögliche Fehlentwicklungen an den Agrarterminmärkten zu vermeiden.

Diese Funktionen müssen gestärkt werden. Die Etablierung und zunehmende Nutzung von Warenterminmärkten zur Risikoabsicherung auf landwirtschaftlichen Märkten – auch in Europa – ist vor diesem Hintergrund zu sehen und wird ausdrücklich begrüßt.

Die Agrarministerinnen und Agrarminister der G20-Staatengruppe haben im Jahr 2011 einen Aktionsplan mit Maßnahmen zur Verbesserung der Welternährungslage beschlossen. Hierzu gehört auch das Agrarmarktinformationssystem AMIS für die wichtigsten Agrarrohstoffe, das für mehr Transparenz sorgen soll. Es fehlen jedoch konkrete Zusagen zur Regulierung der Spekulationen.

Der Landwirtschaftsausschuss des rheinland-pfälzischen Landtags hatte am 4. September 2012 zum Thema „Steigende Rohstoffpreise“ und Nahrungsmittelspekulation eine Anhörung durchgeführt.

Der Landtag stellt fest, dass die Spekulation mit Agrarrohstoffen negative Auswirkungen auf die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen hat. Der rheinland-pfälzische Landtag hat sich in einer Entschließung für die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele im Rahmen der Möglichkeiten des Landes ausgesprochen.

Der Landtag bekräftigt, dass eine Begrenzung des rein spekulativen Handels mit Agrarrohstoffen notwendig ist.

Der Landtag begrüßt die Positionierung des Europäischen Parlaments vom 26. Oktober 2012 zur Einschränkung der Spekulation auf Lebensmittelpreise und im Hinblick auf den Hochfrequenzhandel im Rahmen der Kontrolle der Finanzmärkte.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- sich dafür einzusetzen, dass die weltweiten Agrarmärkte durch regelmäßige Veröffentlichungen der Daten transparenter werden und dadurch auch zu höherer Marktstabilität beitragen;
- sich dafür einzusetzen, dass es keine Leerverkäufe von Nahrungsmitteln gibt, sondern Verkäufe durch eine entsprechende Ernte auch abgedeckt sind;
- sich für eine Stärkung der Zusammenarbeit der zuständigen Aufsichtsbehörden, Finanzaufsichts- und Marktaufsichtsbehörden und zwischen den nationalen und den supranationalen Behörden der EU-Ebene einzusetzen. Es braucht klare Regeln, um den möglichen Gefahren des automatisierten Handels zu begegnen. Deshalb sollte auch die Initiative auf EU-Ebene, den umstrittenen Hochfrequenzhandel (vollautomatischer Handel durch Computerprogramme in Sekundenbruchteilen) bei raschen Kursschwankungen einzuschränken, unterstützt werden. Exzessive Transaktionsvolumina sollen mit zusätzlichen Gebühren belastet werden;
- sich dafür einzusetzen, dass der Handel mit Agrarrohstoffen möglichst über Börsen oder zentrale Clearingstellen abgewickelt wird. Der außerbörsliche Derivatehandel mit Agrarrohstoffen muss abgeschafft werden;
- für verbesserte Voraussetzungen für schnelle Hilfen für die Bevölkerung von Entwicklungsländern bei extremen Preisspitzen auf den Agrarmärkten in geeigneter Weise politisch zu werben. Dies gilt insbesondere dann, wenn sie zeitgleich mit politischer Instabilität oder Missernten auftreten. Für diese Fälle sind die Voraussetzungen für schnelle Hilfe zu verbessern;
- für eine konsequente Anwendung der Leitlinien zur Umsetzung des „Rechts auf Nahrung“ in geeigneter Weise politisch zu werben, um eine nachhaltige

Verbesserung der Ernährungssituation zu erreichen. Land- und Ernährungswirtschaft nehmen hierbei eine Schlüsselfunktion ein. Ziel ist es, eine nachhaltige Nutzung landwirtschaftlicher Ressourcen zu fördern;

- sich auf Ebene der EU dafür einzusetzen, dass Positionslimits zur Vermeidung von extremen Preisausschlägen und eine höhere Eigenkapitalquote (höhere Sicherheitsleistung bzw. Margin) an den europäischen Warenterminbörsen eingeführt werden;
- zusammen mit den Bauernverbänden und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit im Land geeignete weitere Schritte zur Eindämmung der Spekulation mit Agrarrohstoffen zu ermitteln.

Für die Fraktion der SPD:
Barbara Schleicher-Rothmund

Für die Fraktion der CDU:
Hans-Josef Bracht

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nils Wiechmann